

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH“
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 22

14. März 1919

י' אדר שני תרע"ט

Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Interview mit Jakob Rosenheim.

Herr Jakob Rosenheim, der grosse Führer und aufopferungsvolle Organisator der jüdischen Orthodoxie, Begründer der „Agudas Jisroel Weltorganisation“ und der grosszügige Initiator der kürzlich in Zürich stattgefundenen Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Verbände, der über die Intentionen und den Sinn der durch die Weltkonferenz beratenen Pläne und der dort gefassten Beschlüsse am besten orientiert ist, hatte die Freundlichkeit unserem Frankfurter Mitarbeiter nachstehendes Interview zu gewähren. Herr Jakob Rosenheim ist wie kein Zweiter berufen, die Absichten und Ziele der jüdisch-orthodoxen Weltorganisation in authentischer Weise zum Ausdruck zu bringen und bezüglich der Frage eines eventuellen Zusammengehens mit andern Organisationen die richtige Auskunft zu erteilen. Wir freuen uns durch die von uns veröffentlichten Interviews der Herren Dr. Leon Reich und Jakob Rosenheim zu einer Aussprache der Führer der verschiedenen Parteien auch unser Scherflein beitragen zu können. Infolge verkehrstechnischer Schwierigkeiten langte das Interview des Herrn Jakob Rosenheim verspätet bei uns ein, weshalb wir es nicht eher als in der vorliegenden Nummer veröffentlichen konnten.

G.

Worin erblicken Sie das politische Hauptergebnis der Konferenz?

Die Konferenz hat der bisher politisch vollkommen unvertretenen Orthodoxie der Welt ein Organ gegeben, das ihr politisches Wollen zu einem lebendigen Faktor erheben und zu den Stimmen der areligiös orientierten Nationalisten und der Assimilanten endlich den Willensausdruck der orthodoxen Massen mit ihrem durchaus in der Religion verankerten Nationalismus hinzufügen soll.

Wird der Zionismus darin nicht eine unliebsame Konkurrenz erblicken?

Meines Erachtens sollten diejenigen Zionisten, die nicht ganz in ihrem Parteidogmatismus befangen sind, gerade in diesem Augenblicke glücklich sein, dass sie dem Assimilantentum nicht allein gegenüberstehen, sondern sich einem Sylvain Lévi gegenüber auf die Stimme der religiös gesinnten organisierten Massen als bester Bundesgenossen berufen können.

Glauben Sie, daß es zu einer Kooperation zwischen Zionismus und Orthodoxie gegenüber den Mächten kommen wird?

Das hängt von dem Verhalten der zionistischen Organisation ab, nicht nur hinsichtlich der sachlichen Forderungen der Orthodoxie, die nicht sehr schwer zu erfüllen sind, sondern vor allem von dem Masse der Achtung, das man den religiösen Idealen entgegenbringen wird. Die Konferenz hat gleichzeitig mit ihrer Bereitwilligkeit zum praktischen Zusammengehen auch den unerschütterlichen Willen bekundet, die organisatorische Selbständigkeit der Orthodoxie, ihre Würde als Trägerin der jüdisch-religiösen Idee, zu wahren. Die innere Berechtigung dieses Selbständigkeitsbewusstseins der Orthodoxie muss der Zionismus anerkennen, wenn eine erfolgreiche Zusammenarbeit möglich sein soll.

Wie wird sich das Verhältnis der Orthodoxie zum „Misrachi“ gestalten?

Wir bedauern natürlich, daß der „Misrachi“ durch seine Einfügung in den Organismus des religiös-neutralen zionistischen Verbandes die volle Geschlossenheit der selbständig organisierten Vertretung der reinen religiös-nationalen Idee beeinträchtigt. Aber wir erstreben mit aller Energie eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem „Misrachi“ auf dem Gebiete der praktischen Palästina-Arbeit, wo wir ja im Grunde die gleichen Ziele verfolgen. Wir möchten in diese Arbeitsgemeinschaft sehr gerne auch Degel Jeruscholajim und Sinai einbeziehen, da namentlich Oberrabbiner Kuk, der Gründer der ersteren Organisation, für das ganze Werk des religiösen Aufbaus in Erez Jisroel eine Persönlichkeit von höchster Bedeutung sein wird und mit uns, ebenso wie Oberrabbiner Jung, der Gründer der Sinai, schon in engster Fühlung steht.

Was wird die Orthodoxie aber tun, wenn die zionistische Organisation ihrerseits die Zusammenarbeit verweigert und die Zulassung zur praktischen Arbeit in Palästina vom Anschluss an den Zionismus abhängig macht?

Wir sind nicht gewohnt, auf Menschen zu vertrauen und keineswegs geneigt, unsere „Zulassung“ als besondere Gnade entgegenzunehmen. Auf den Schultern der von uns durch die Jahrhunderte erhaltenen und praktisch bewährten Ideen steht der Zionismus — wenn

wir nach Erez Jsroel gehen, so ernten wir die Früchte, die unsere von Gottesliebe und Gesetzestreue durchdrungenen Väter gesäet, und zu deren Wachstum die kaum der Assimilation entronnenen modern-zionistischen Führer nur als unbewusste Werkzeuge der Vorsehung beigetragen haben. Wir sehen den kommenden Entwicklungen daher mit der Ruhe des ältesten Kulurvolkes entgegen, das warten gelernt und manches Ungewitter zu überdauern vermocht hat.

Einstimmige Annahme der zionistischen Vorschläge.

Stockholm, 4. März. Minister Balfour sandte der zionistischen Delegation in Paris eine Beglückwünschung mit der Mitteilung, dass die zionistischen Vorschläge von der Friedenskonferenz einstimmig angenommen worden seien.

Wilsons Zustimmung zu einem jüdischen Palästina.

Die zionistischen Führer, *Julian Mack*, Rabbi *Dr. Wise*, *Louis Marshall*, und *Richards* wurden am 2. März, von dem Präsidenten *Wilson* empfangen. Die Delegierten fanden den Präsidenten wie immer der Gleichheit der Völker günstig gesinnt. Er sagte: „Was Ihre Darlegungen, die sich auf Palästina beziehen, betrifft, so habe ich schon früher meine persönliche Zustimmung zu der Erklärung der britischen Regierung geäußert. Was Palästina betrifft, so bin ich mehr denn je überzeugt, dass die alliierten Nationen mit der vollsten Zustimmung unserer eigenen Regierung und unseres Volkes einwilligen, dass in Palästina der Grund zu einem jüdischen Gemeinwesen (commonwealth) gelegt werde.“ (J.K.Z.)

Die zionistischen Forderungen.

Das von den Zionisten der Friedenskonferenz überreichte Memorandum umfasst 14 Seiten. Das Memorandum, das eine blau-weiße Titelseite hatte und vom 3. Februar datiert ist, ist unterzeichnet von Lord *Rothschild*, *Sokolow* und *Weizmann* namens der zionistischen Organisation, *Rosow* namens der zionistischen Organisation Russlands, *Mack*, *Wise*, *Harry Friedenwald*, *Robinson* und *de Haas* namens der zionistischen Organisation Amerikas, ferner nochmals von *Sokolow* und *Weizmann* namens der palästinensischen Juden. Das Dokument beginnt mit einer historischen Einleitung, zitiert sodann die Regierungserklärungen über die Errichtung einer jüdischen Heimstätte, die Resolutionen des amerikanischen Judenkongresses und der Zionistenkongresse. Hierauf folgen die zionistischen Vorschläge.

§ 1 besagt: Die vertragschliessenden Parteien anerkennen das historische Recht des jüdischen Volkes auf Palästina und das Recht der Juden, in Palästina ein nationales Heim wieder aufzubauen.

§ 2 behandelt die Frage der Grenzen Palästinas.

§ 3 verlangt, dass die Souveränität über Palästina dem Völkerbund übertragen werde und England als Mandatar des Völkerbundes bestellt werden soll.

§ 4 stellt die Forderung, in Palästina derartige politische, administrative und ökonomische Bedingungen zu schaffen, welche die Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk und Schaffung einer Autonomie des jüdischen Gemeinwesens ermöglichen, wobei klar verstanden wird, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinden oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in den andern Ländern beeinträchtigen könnte. Der Mandatar soll die jüdische Einwanderung und die Bildung einer geschlossenen jüdischen Siedelung fördern und die jüdische Leitung bei der Entwicklung des Planes der jüdischen Heimstätte unterstützen; er soll Konzessionen für öffentliche Arbeiten und zur Erschliessung der Hilfsquellen des Landes gewähren.

Araber und Juden.

Emir *Faisal* richtete an Professor *Felix Frankfurter*, den amerikanischen Delegierten der zionistischen Delegation in Paris, ein Schreiben, das ein wichtiges Dokument über die Absichten der Araber darstellt. Es widerlegt vor allem das im „Matin“ vom 2. März erschienene Interview. Es lautet:

„Hedschas-Delegation, Paris, 1. März. Ich ergreife die Gelegenheit meiner ersten Zusammenkunft mit den amerikanischen Zionisten, um Ihnen zu sagen, was ich so oft Dr. *Weizmann* in Arabien und Europa bereits ausgedrückt habe. Wir fühlen, dass die Araber und die Juden der Rasse nach Vettern sind. Sie haben gleiche Bedrückungen durch stärkere Mächte erfahren. Durch ein glückliches Zusammentreffen dürfen sie nun gleichzeitig den ersten Schritt zur Erlangung ihrer nationalen Rechte tun. Wir Araber, insbesondere die modern gesinnten unter uns, blicken mit der tiefsten Sympathie auf die zionistische Bewegung. Unsere hiesige Deputation ist völlig vertraut mit den Vorschlägen, welche gestern von der zionistischen Delegation der Friedenskonferenz unterbreitet wurden, und wir betrachten diese als gemässigt und angemessen. Wir werden unser Bestes tun, sie zu unterstützen, so weit wir daran beteiligt sind. Wir werden den Juden das herzlichste Willkommen in ihrem Lande bieten. Mit den Führern Ihrer Bewegung, insbesondere mit Dr. *Weizmann*, hatten wir die engste Verbindung und werden sie fortsetzen. Er hat unserer Sache grosse Hilfe geleistet, und ich hoffe, dass die Araber bald in der Lage sein werden, den Juden ihre Freundlichkeit einigermaßen zu erwidern. Wir arbeiten zusammen für einen erneuerten wiederauflebenden Orient, und unsere beiden Bewegungen vervollständigen einander. Die jüdische und die arabische Bewegung sind national und nicht imperialistisch. Es ist Platz in Syrien für uns beide. Ich denke wirklich, dass keiner von uns einen echten Erfolg ohne den anderen erzielen kann. Schlecht informierte Persönlichkeiten, die weniger Verantwortungsgefühl haben als unsere Führer, und die die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Araber und Zionisten nicht kennen, haben versucht, lokale Schwierigkeiten, welche naturgemäss in den ersten Stadien unserer

Bewegungen in Palästina entstehen mussten, auszunützen. Manche von ihnen haben, wie ich fürchte, Ihre Ziele der arabischen Bevölkerung und unsere Ziele der jüdischen Bevölkerung falsch dargestellt; sie haben damit erreicht dass interessierte Parteien instande waren Kapital zu schlagen aus dem, was sie unsere Differenzen nennen. Ich wünsche, Ihnen meine feste Ueberzeugung mitzuteilen, dass diese Differenzen sich nicht auf Prinzipien beziehen, sondern auf Einzelheiten, wie sie unvermeidlich bei jeder Berührung von Nachbarvölkern auftreten, die jedoch durch den gegenseitigen guten Willen leicht wieder bereinigt werden. Sicherlich wird alles bei besserer Bekanntschaft verschwinden. Ich schaue vorwärts und mein Volk mit mir in eine Zukunft, in welcher wir Euch und Ihr uns helfen werdet, so dass die Länder, an welchen wir beide gegenseitig interessiert sind, einst wieder ihren Platz in der Gemeinschaft der Kulturländer einnehmen werden.“ (J.K.Z.)

Von der Londoner Konferenz.

Die zionistische Konferenz, wurde am 3. d. M. wieder aufgenommen. Dr. Jakobsohn und Leo Herrmann behandelten Fragen der Organisation. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: 1.) Die Entwicklung der zionistischen Organisation ist ein wichtiger Teil der künftigen Arbeit; 2.) eine Zusammenkunft aller Mitglieder des grossen Aktionkomitees soll bei erster Gelegenheit stattfinden; 3.) Weizmann wird als Mitglied des Engeren Aktionskomitees bestätigt; 4.) ein Zentralbureau mit Sitz in London und einer Filiale in Kopenhagen soll geschaffen werden.

Die Behandlung der Frage der zionistischen Organisation wurde verschoben bis die andern Führer wieder anwesend sein werden und vorläufig über die Frage der nationalen Rechte debattiert. Leo Motzkin referiert über die Lage der Juden in den verschiedenen Ländern. Das Judentum ist zu der Ueberzeugung gelangt, dass überall, wo kompakte jüdische Massen leben, sie nationale jüdische Rechte haben müssen und bürgerliche Gleichberechtigung allein nicht genüge. Er weist nach, dass falls nach Palästina jährlich nicht nur 40,000 sondern sogar 100,000 Juden auswandern würden, doch immer noch Millionen Juden ausserhalb Palästinas bleiben würden, und um den Bestand des jüdischen Volkes zu sichern müsse man in Ländern, wo die Juden in grossen Massen vorhanden sind, nationale Rechte erkämpfen. Die Resolution drückt das Verlangen der Londoner zionistischen Konferenz aus, dass alle Regierungen die nationalen Rechte in den neugeschaffenen Staaten anerkennen sollen; dass die Friedenskonferenz die jüdische Nation als Mitglied des Völkerbundes anerkennen solle; daß die Juden eine nationale Vertreterschaft in den neuerrichteten Staaten haben sollen; daß die Friedenskonferenz doppelten Schadenersatz für die Juden in Polen und in den andern Ländern bestimmen soll, erstens als Teil der allgemeinen Bevölkerung und zweitens als solche die speziell gelitten haben; daß eine zionistische Delegation nach Paris geschickt werde, um zusammen mit andern Organisationen für die nationalen

jüdischen Rechte zu kämpfen. Motzkin protestiert scharf gegen Lucien Wolf, der in seinem Memorandum gegen die nationalen Rechte der Juden aufgetreten ist. Die Konferenz müsse die Handlung von Wolf verdammen.

Dr. Schmarjahu Lewin betont, dass es die französischen Juden waren, die als erste die jüdische nationale Erstgeburt für bürgerliche Rechte verkauften. Wir müssen nationale Rechte in allen Ländern fordern, sonst bleiben die Juden in Knechtschaft. Wir müssen die jüdische Ehre, die jüdische Zukunft retten. Besonders müssen dies die Zionisten fordern, denn sonst wird man sie beschuldigen, dass sie die national-jüdischen Rechte um Palästina willen verkauft haben. Nach einer langen hitzigen Debatte werden schliesslich die Vorschläge von der Konferenz angenommen.

Mittwoch gab Weizmann einen Bericht über die Tätigkeit der zionistischen Delegation vor der Friedenskonferenz. Sylvain Levy sei nicht durch die zionistische Organisation autorisiert gewesen, sondern durch das Sekretariat der Konferenz eingeladen worden. Er sprach als Vertreter französischer Juden und versuchte die zionistischen Ansprüche herabzusetzen. Weizmann und Sokolow wiesen auf wirksame Weise Levys Einwendungen zurück. Die zionistischen Forderungen werden nun vor eine Kommission gebracht, welche die Einzelheiten zu diskutieren hat. Professor Felix Frankfurter aus New York ist bevollmächtigt, die völkerrechtlichen Verhandlungen zu führen. Weizmanns Bericht erregte die grösste Begeisterung. Es wurde ihm der Dank von den Delegierten der verschiedenen Länder in englischer, hebräischer und jüdischer Sprache ausgedrückt.

Internationale Völkerbundskonferenz in Bern.

Unter den Begrüssungsrednern befand sich auch Dr. Simon (Heidelberg), der Namens der jüdisch-orthodoxen Weltorganisation sprach.

Die von der Völkerbundskonferenz eingesetzte „Kommission für Umfang des Völkerbundes“ hat unter Vorsitz von Dr. Wettstein auf Vorschlag Fürsprechers Goetschel, Vertreter des schweizerischen Zionistenverbandes, den Beschluss gefasst, dem jüdischen Volke das Recht auf Beitritt als gleichberechtigtes Mitglied zum Völkerbunde zuzuerkennen.

In der „Kommission für Nationalitätenprobleme“ unter Vorsitz von Prof. Lampert wurde auf Vorschlag des Dr. Klatzkin der die zionistische Weltorganisation vertritt, die Erklärung abgegeben, dass zu den Völkern, denen das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werden muss, auch das jüdische Volk gehört.

In der Plenarsitzung vom 10. März wurde in der Aufzählung der Vertreter aller Länder, die das Stimmrecht in dieser Konferenz haben, die zionistische Vertretung als Vertretung Zions bekannt gegeben.

Die „Kommission für Nationalitätenprobleme“ fasste folgenden Entschluss: Die vertragsschliessenden Staaten werden in ihrer Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, Sorge dafür tragen, dass jeder Missbrauch

wirtschaftlicher Mittel (wie Boykott) zu Zwecken des nationalen Zwanges und der nationalen Unduldsamkeit verhindert und bestraft wird.

Die „Kommission für Umfang des Völkerbundes“ nahm einstimmig folgenden Beschluss an: In Anbetracht der historisch bedingten exzeptionellen Lage des jüdischen Volkes interpretiert die Konferenz ihren obigen Grundsatz betreffend Zutritt zum Völkerbunde authentisch dahin, dass dem auf demokratischer Basis national organisierten jüdischen Volke das Recht auf Beitritt als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes grundsätzlich zukommt.

Chronik.

Polen.

Die jüdischen Erklärungen im polnischen Sejm.

Warschau, 5. März. Die zweite Sitzung des polnischen Reichstages, in der die einzelnen Parteien ihre programmatischen Erklärungen abgaben, verlief ungemein würdelos. Die Nationaldemokraten liessen durch ihren Sprecher ein, was speziell die Judenfrage betrifft, farbloses Programm mitteilen. Ihnen folgten die Piasten, die ein ausgesprochen antisemitisches Programm verkündeten. Für die Sozialdemokraten sprach Abgeordneter Daszynski völlig farblos. Der nächste Redner, der jüdisch-orthodoxe Rabbiner *Perlmutter*, wurde ruhig angehört. Bei der Erklärung *Prilutzkis* (Jüdische Volkspartei) erhob sich grosser Lärm. Der katholische Pfarrer *Okon* unterbrach den Redner fortwährend durch Zwischenrufe. Der Landmarschall *Trompczynski* wahrte die traditionelle polnische Ritterlichkeit, indem er *Prilutzki* ununterbrochen zur Ordnung rief und ihm schliesslich das Wort entzog. Der nächste Redner war der Zionist *Grünbaum*. Als er das Wort ergriff verliessen sämtliche Abgeordnete bis auf die 30 Sozialdemokraten den Saal. Der Redner liess sich aber dadurch nicht einschüchtern, sondern verlas das bekannte *Kopenhagener Manifest*, in welchem die Ansprüche des jüdischen Volkes auf Palästina, auf Gleichberechtigung in allen Ländern, wo Juden leben, und auf nationale Minoritätsrechte in den Ländern jüdischer Massensiedelung festgelegt werden.

(Wiener Morgenzeitung.)

Eine jüdische Sektion im polnischen Arbeitsministerium.

Der Sekretär des jüdischen Emigranten-Informationsbüros, Herr *Alter*, wurde, wie die polnische Gesandtschaft in Wien mitteilt, zum Referenten der Emigrantensektion im Ministerium für öffentliche Arbeiten ernannt. Die jüdische Abteilung sammelt Materialien über jüdische Emigranteninstitutionen, die in Polen und Russland existieren, über die Tätigkeit der „Ica“ sowie über ähnliche jüdische Organisationen in Berlin und Wien, endlich über die zionistische Emigration nach Palästina.

Warschau. Bei den Stadtratwahlen in Warschau haben die jüdischen Parteien 11 Listen aufgestellt, während die Polen nur deren 2 hatten. Aus diesem Grunde haben

die Juden zusammen nur 27 Kandidaten durchgebracht statt 49, die ihnen, laut ihrem Anteil an abgegebenen Stimmen zugefallen wären. Von den jüdischen Parteien brachten die Vereinigten Orthodoxen und Kaufleute 7, die Zionisten und Bund je 5, die Volkspartei 4, Poale Zion 2 Kandidaten durch. *Misrachi* und die sogenannten „Vereinigten Sozialisten“ gingen leer aus.

Lodz. Bei den Stadtratwahlen in Lodz erhielten die Poale Zion 5 Mandate während Bund nur deren 2 errungen hat.

Ukraine.

— Die Delegation des ostjüdischen Nationalrates hat beim westukrainischen Staatsrat gegen die Nichtzuziehung von Vertretern der jüdischen Kaufmannschaft zu der ukrainisch-ungarischen Handelskonferenz protestiert.

— Unter dem Titel „Die verzweifelte Lage der Juden in Ostgalizien“ bringt die „Wiener Morgenpost“ eine Artikel-Serie ihres Korrespondenten, worin die Zustände in Ostgalizien in den allerschwärzesten Farben geschildert werden. Die den Juden an und für sich wohlwollende Regierung hat auf die Massen zu wenig Einfluss, um diese im Zaum zu halten. Nicht weniger wie physisch leiden die Juden auch ökonomisch. Die Lage der Juden ist verzweifelt.

— Bei Eröffnung der in *Stanislaw* auf Initiative der Poale-Zion gegründeten Arbeiterküche hielt der westukrainische Nationalrat Dr. *Baczynski* folgende Rede: „Das ukrainische Volk will vom jüdischen Volke Einigkeit und Brüderlichkeit lernen. Das ukrainische Volk hat zusammen mit dem jüdischen Volke jahrzehntelang unter Knechtschaft gelitten und gestöhnt. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo beide Völker einander die Hand reichen werden.“

— In *Kiew* wurde Ende 1918 von der jüdischen Kulturliga eine grosse jüdische Volksuniversität gegründet. Die Universität zählt bereits über 400 Hörer. Vorläufig sind drei Fakultäten eröffnet worden, und zwar mathematisch-naturwissenschaftliche, soziale und jüdische Wissenschaften. An der sozialen Abteilung werden Vorlesungen über Nationalökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Soziologie, Finanzwissenschaft und praktische Nationalökonomie, russische und ukrainische Geschichte, Psychologie und Logik etc. abgehalten. An der jüdisch-wissenschaftlichen Abteilung werden Vorlesungen über jiddische Philologie und Literatur, hebräische Sprache und Literatur, Bibel und Bibelkritik, jüdische Geschichte, Geschichte der jüdischen Selbstverwaltung und Geschichte der jüdischen Kultur gehalten. An allen Abteilungen ist die Vortragssprache jiddisch.

— Kürzlich ging ein Bericht durch die Presse, wonach während der letzten Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Ukrainern der Vorsitzende der englischen Kommission in Polen Oberstleutnant *Wade* den ukrainischen Delegierten geraten hätte, den Juden keine politische Autonomie zu gewähren, da die Bauern von den Juden ausgesaugt würden. Oberst-

leutnant Wade ermächtigt das Kopenhagener zionistische Bureau zur Erklärung, dass er eine derartige Aeusserung niemals getan hat und dass die ganze Meldung auf freier Erfindung beruht.

Litauen.

Grodno. Bei den am 27. Februar stattgefundenen Wahlen zum Stadtrat haben die Juden 24 Kandidaten auf 34 Stadtverordnete durchgebracht, u. z. Vereinigte jüdische Sozialisten 12, die Zeirei Zion 1, und Vereinigte Zionisten, Orthodoxen und Demokraten 11.

Grodno. Vom 15. Februar an werden von allen Postanstalten Litauens nach dem Vorbilde von Russland Briefe und Postpakete, sei es in Litauen selbst, sei es nach Russland, ohne Frankierung *umsonst* befördert.

(Nasche Utro, Grodno, 26. Febr.)

Rumänien.

— Die von der rumänischen zionistischen Organisation für die Londoner Konferenz gewählten 5 Delegierte konnten ihre Reise nicht antreten, da die rumänische Regierung ihnen die Ausfolgung von Pässen verweigerte.

Bukarest. Die nationale Organisation der rumänischen Judenheit macht stetige Fortschritte. Heute scharen sich beinahe alle rumänischen Juden ohne Ausnahme um das nationale Zionsbanner. Bei den verschiedenen Palästina-Aemtern haben sich bereits mehr als 100 000 Juden zur Auswanderung angemeldet. Für die zum sofortigen Aufbruch bereiten Massen sind Palästina-Kurse errichtet worden. In *Varna* hat sich vor kurzem eine Gruppe von 500 wohlhabenden Auswanderern telegraphisch an die englische Regierung mit dem Ansuchen gewandt, es möge ihnen die sofortige Uebersiedelung nach Palästina ermöglicht werden. Die englische Regierung willfahrte diesem Ansuchen und wies den englischen Kommandanten in *Varna* an, den dorthin angelangten rumänischen Juden Pässe nach Palästina auszustellen und für die ungestörte Fortsetzung ihrer Reise Sorge zu tragen.

Auch die jüdische Presse hat letzters in Rumänien einen grossen Aufschwung genommen. Seit Ende Januar erscheint in Bukarest unter dem Titel „*Mantuirea*“ (Erlösung), ein grosses jüdisches Tageblatt in rumänischer Sprache, das den Wettbewerb mit nichtjüdischen Tageszeitungen erfolgreich aufgenommen hat und sich bereits eines riesigen Absatzes und grosser Volkstümlichkeit erfreut. Das Monats-Budget der neuen Zeitung beträgt über 10 000 Lei und wird von einer Anzahl begeisterter Zionisten gedeckt.

Landkarten von Palästina sind in abertausenden von Exemplaren im Umlauf. Sie tragen die Ueberschrift „Die jüdische Republik.“

In unzähligen jüdischen Häusern hängt das Bild von *Louis Brandeis*, den die Volksstimme als zukünftigen ersten Präsidenten der jüdischen Republik ausersehen hat.

(Allg. jüd. Zeitg. Budapest.)

— Zu den rumänischen Pogromen wird noch gemeldet, dass in *Braila* 60 Häuser zerstört wurden. Die Einwohner wurden bis aufs Letzte ausgeplündert. Selbst die Synagogen und der Friedhof blieben nicht verschont. Aehnliche Verwüstungen wurden in *Buseu* angerichtet.

— Mit Unterstützung des Bukarester englischen Generalkonsuls haben dieser Tage 300 junge Leute Bukarest verlassen um sich nach Palästina zu begeben.

Deutsch-Oesterreich.

— Bei der Eröffnungs-Sitzung des vom 22. bis 25. Februar in Wien abgehaltenen jüdischen nationalen Studententages nahmen ungefähr 2000 jüdische Studenten teil. Der Verband umfasst 25 akademische Korporationen.

Wien. Die Leitung der jüdischen Soldatenfürsorge eröffnet am 17. März zwei Fachschulen für junge Mädchen, die demnächst nach Palästina zu ziehen beabsichtigen. Es handelt sich dabei erstens um die Schaffung guter Erwerbsmöglichkeiten für die jüdische Jugend und zweitens darum, dass nach Palästina nur solche Menschen geschickt werden, die im Stande sind, sich dort ihr Brot zu verdienen. Der Unterricht umfasst erstens Buchbinderei und zweitens Wirk- und Strickfabrikation.

Eine Landwirtschaftsschule für jüdische Frauen und Mädchen,

unter Leitung der Frau *Erna Patak* eröffnet das Palästina-Amt in Wien im März l. J. Die Dauer des Unterrichts bis zur völligen Ausbildung ist ein Jahr. Da eine gründliche Vertrautheit der jüdischen Frauen mit der Haus- und Landarbeit vornehmlich zum Gedeihen des jungen Siedlungswerkes beitragen kann, ist die Gründung dieser Schule von grösstem Wert für unsere Bewegung.

Italien.

Rom, 11. März. In der Ansprache im geheimen Konsistorium nahm der Papst auch Bezug auf die künftige Regelung der Landesverhältnisse des ottomannischen Reiches und drückte den Wunsch aus, dass die Friedenskonferenz die heiligen Orte in die Hände der Christen übergebe; es wäre ein grosser Schmerz für den heiligen Stuhl, wenn den Ungläubigen in Palästina eine vorherrschende Stellung gegeben würde oder wenn die heiligen Orte in die Hände der Nicht-Christen kämen.

„*Giornale d'Italia*“ bringt die bisher unbestätigte Nachricht, dass *Wilson* beabsichtige die Führer der hauptsächlichsten Religionen der Welt mit beratender Stimme in den Völkerbund aufzunehmen. Genannt werden, der Papst, der *englische Grossrabbiner*, der Scheich-ül-Islam, die Vertreter verschiedener protestantischer Gemeinden, sowie des Buddhismus.

Frankreich.

— Wie aus Paris gemeldet wird hat Baron Edmund Rothschild weitere 50 Millionen Francs für Palästina versprochen.

— Am Mittwoch den 26. Februar überreichte eine Delegation des Joint Foreign Committee, des Board of Deputies und der Anglo Jewish Association der Friedenskonferenz ein Memorandum über die Judenfrage in Osteuropa. Der Delegation gehörten an: *Steward Samuel*, *Baron Rothschild*, *Claude Montefiore* und *Lucien Wolf*. Das Memorandum fordert die Sicherstellung der jüdischen Bürgerrechte. Die Forderung nach nationaler Gleichberechtigung wird im Memorandum der jüdischen Notabeln Englands, wie zu erwarten war, ignoriert. Es wird bloss die volle religiöse Freiheit und der freie Zutritt zu Staatsämtern und allen Berufen für alle Einwohner ohne Unterschied der Rasse und der Religion gefordert. Die Personen oder die Gemeinden, die unter der Nichtbeachtung dieser Bestimmungen leiden, sollen sich beschwerdeführend an die Exekutive des Völkerbundes wenden können.

(Jüd. Pressb. Stockholm.)

England.

Zionistische Massenversammlung in London.

Anlässlich der zionistischen Konferenz fand eine grosse zionistische Massenversammlung in Queens-Hall statt, an der mehr als 3000 Menschen teilnahmen. Den Vorsitz führte Schemarja Lewin. Als Redner sprachen de Haas (Amerika), Barondess (England), Berlin (Palästina), Sloutzsch (Paris), Albala (Belgrad), Podlischewski (Warschau), Yellin (Palästina), Goldblum (Amerika). Eine einstimmig gefasste Resolution spricht den zionistischen Führern in Paris volles Vertrauen aus, begrüsst alle zur Konferenz in London erschienenen Delegierten und erklärt die Bereitwilligkeit der Versammlung zur Unterstützung des Aufbaues der nationalen Heimstätte in Palästina.

— „The Jewish Express“ vom 5. März bringt einen Aufsatz von Ruben *Brajnin* unter dem Titel „Nordau und Weizmann“. *Brajnin* lenkt darin die Aufmerksamkeit auf die Ironie der Geschichte, dass die sogenannten politischen Zionisten entweder den jetzigen glücklichen Moment nicht erlebt haben oder doch zumindest gezwungen sind abseits zu stehen, während die Führung jetzt in Händen der früheren Gegner des politischen Zionismus liegt. So war Weizmann bis zum Kriege nicht als politischer Zionist tätig und stand stets in Opposition zum Herzl'schen „Generalstab“ des politischen Zionismus; ebenso hat Sokolow den politischen Zionismus ironisch betrachtet und Herzl als Fantast angesehen und auch Achad Haam hat konsequent den Herzl'schen Zionismus bekämpft und behauptet: „Für unser Volk wird die Hilfe nicht durch Diplomaten, sondern nur durch Propheten kommen.“

Brasilien.

— Die brasilianischen Juden richteten ein Memorandum an die Friedenskonferenz, um die bekannten Forderungen der Juden zu unterstützen.

Palästina.

— Das Londoner zionistische Zentralbureau hat kürzlich einige Damen und Herren nach Palästina geschickt, um der Palästina-Kommission in Fragen der Wohltätigkeit, besonders der Waisenfürsorge, beizustehen.

Es sind u. a. Frau Norman Bentwich (die Frau des Obergerichters), Frä. Bentwich, Frä. Millstein, Herr Benjamin Grad, der das Sekretariat der Palästina-Kommission übernimmt, Herr Antebi, der eine technisch-landwirtschaftliche Tätigkeit übernimmt. Herr Dr. Mordechai Eliash ist schon früher in das Sekretariat eingetreten. Demnächst werden noch weitere administrative Kräfte nach Palästina übersiedeln.

Ausser dem bereits seit einiger Zeit in London weilenden Herren Flexner sind die amerikanischen Zionisten Rubinow, Friedenwald, Robert Szold, Robinson und Sonneborn in Europa eingetroffen, um sich nach Palästina zu begeben. (K.Z.B.)

— Die zionistische Kommission in Palästina steht seit der Abreise des Herrn Dr. Eder unter Leitung des Herrn Lewin Epstein. Dr. I. M. Rubinow wurde zum Leiter der medizinischen Kommission der Hadassah ernannt, an Stelle des Herrn Lewin-Epstein. K.Z.B.

Schweiz.

— Die Konferenz der jüdischen Nationalräte, die in der Schweiz hätte stattfinden sollen, wird, wie wir vernehmen, in Paris tagen. Die Nationalräte Dr. Ringel und Dr. Reich sind bereits am 11. März von Bern nach Paris abgereist.

Presse.

— Die dänische Tageszeitschrift „Berlingske Tidende“ hat eine ihrer illustrierten Sonntagsbeilagen ausschliesslich der Juden- und Palästinafrage gewidmet.

— Der bekannte dänische Schriftsteller und Dramaturg Henry Nathansen veröffentlicht in der vornehmsten dänischen Zeitschrift „Vor Tid“ eine Abhandlung, die eine begeisterte Kundgebung für den politischen Zionsgedanken darstellt.

— Das Misrachi-Büro in Warschau gibt seit Dezember 1918 ein hebräisches Wochenblatt „Hamisrachi“ heraus.

— Die Bolschewisten haben in Wilna das Weitererscheinen der „Letzten Naies“ verboten. (Nasche Utro, Grodno v. 19. II.)

— Seit Dezember 1918 erscheint in Kiew eine pädagogische Monatschrift in jiddischer Sprache unter dem Titel „Schul un Lebn“, herausgegeben von der Jüdischen Kulturliga.

— In Tarnopol erscheint dreimal wöchentlich eine jüdische Zeitung „Unser Weg“. In Stanislaw das Wochenblatt „Jüdische Volkszeitung“. Auch in Kolomea erscheint ein jüdisches Wochenblatt.

— Ab 1. Februar erscheint in Mármaros-Sziget eine Zeitung unter dem Titel „Volkszeitung“ zur Interessenvertretung der Juden des Komitats Russka-Kraina.

Verlags-Notizen.

— Von Max Brod ist ein neuer Roman „Das grosse Wagnis“ erschienen, der den Aufbruch der Juden nach Palästina schildert. Das Buch enthält geradezu Brod's Programm einer Jugendbewegung.

— Im letzten Jahr ist Kiew zu einem jiddischen Verlagszentrum geworden. Ausser dem bekannten Wilnaer Kletzkinischen Verlag der aus Jekaterinoslaw nach Kiew übersiedelte, entfalten eine besonders rege editorische Tätigkeit der „Kiewer Verlag“ und der Verlag „Unheib“. Die beiden letzteren beschäftigen sich hauptsächlich mit Herausgabe einer Kinderbibliothek in jiddischer Sprache und haben im letzten Jahre ungefähr 50 jiddische Kinderbücher, darunter Uebersetzungen von d'Amicis, Andersen, Swift, Seton, Thompson, Wilde usw. erscheinen lassen. Der „Wilnaer Verlag“ beschäftigt sich hauptsächlich mit Herausgabe von Lehrbüchern. Zu seinen Ausgaben gehört die jiddische Uebersetzung Schmeil's Zoologie. Auch eine Uebersetzung eines bekannten Lehrbuchs der Botanik befindet sich im Druck.

— In Jekaterinoslaw wurde unter dem Namen „Wissenschaft“ ein jiddischer Verlag gegründet, mit der Aufgabe wissenschaftliche Werke in jiddischer Sprache zu veröffentlichen. Der Verlag besitzt eine soziologische und pädagogische Abteilung.